

normal!

Zeitschrift des Behindertenbeirates Sachsen-Anhalt
finanziert vom Ministerium für Arbeit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt

Thema:

Arbeit und viel mehr aus Sachsen-Anhalt

Inhalt

2
Thema: Ich möchte im
Pflegeheim arbeiten

3
Auf ein Wort: Verwaltungen
arbeiten immer schriftlich

4
Bauen: Neubau ist nur
„teilweise“ barrierefrei

5
Thema: Den Traumberuf
fest im Blick

6
Teilhabe: Leben in einem
Wohnheim

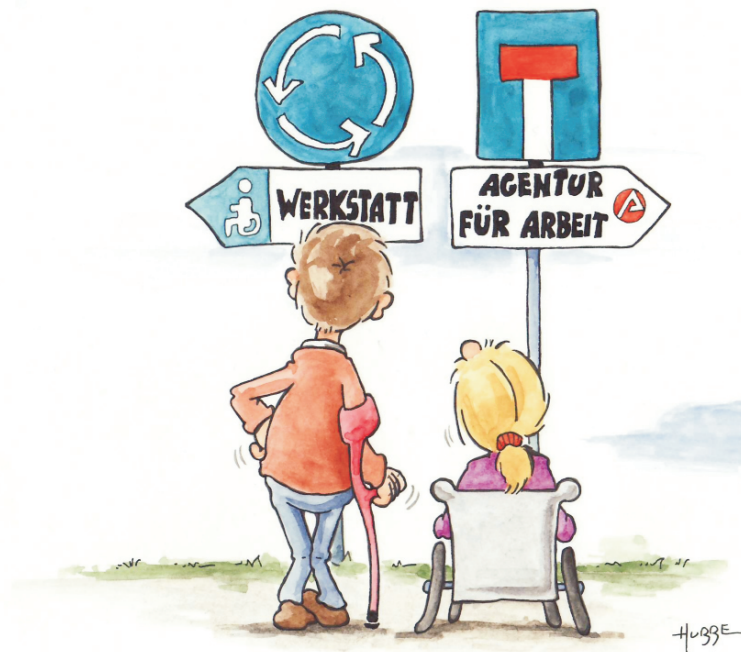
7
Teilhabe: 23 Euro Essen-
geld für eine Woche

8
UN-BRK: Barrierefreiheit
nur auf dem Papier;
Massive Kritik an Deutsch-
land in Genf

9
Freizeit: Mit dem Rollstuhl
auf der BUGA

10
UN-BRK: Aktionsbündnis
„Landkreis Harz inklusiv“

11
Beirat: Bericht aus dem
Landesbehindertenbeirat



Handlungsfeld: Arbeit und Beschäftigung

In den letzten Heften der „normal!“ wurden fast alle Handlungsfelder des Landesaktionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention vorgestellt. Heute wird diese Serie mit der Vorstellung des Handlungsfelds (3) Arbeit und Beschäftigung beendet. Artikel 27 der UN-Konvention ist Grundlage dieses Handlungsfeldes. Er enthält die Garantie des gleichberechtigten Zugangs zur Erwerbsarbeit.

Die Instrumentalziele im Aktionsplan lauten:

1. Menschen mit Behinderungen haben in Sachsen-Anhalt Zugang zu beruflicher Bildung und zum allgemeinen Arbeitsmarkt und arbeiten unter gerechten Arbeitsbedingungen.
2. Arbeitgeber und Unternehmen in Sachsen-Anhalt sind informiert über die Potentiale der Beschäftigung und sind sensibilisiert für die Belange ihrer Beschäftigten mit Behinderungen.

Von diesen Zielen sind wir noch weit entfernt. Noch immer ist die Arbeitslosenquote unter Menschen mit Behinderungen besonders hoch. Obwohl Auszubildende in einer dualen Ausbildung viel Unterstützung erhalten können, absolvieren die meisten Förderschulabsolventen eher eine schulische oder überbetriebliche Ausbildung. Schüler der Förderschule für Geistigbehinderte werden bereits in der Schule auf eine Tätigkeit in einer WfbM vorbereitet. Dort arbeiten sie dann unter der Anleitung von Sozialpädagogen entweder direkt in der Werkstatt oder an so genannten Außenarbeitsplätzen in den Firmen. Würde ihre gute Arbeit anerkannt, müssten sie Mindestlohn erhalten. Die WfbM ist eine Einrichtung der Eingliederungshilfe und darum im Gesetz von der Mindestlohnregel ausgenommen. In den Verwal-

tungen der Werkstätten und als Sozialpädagogen arbeiten zumeist Menschen ohne eine Behinderung, obwohl die Hochschulen jedes Jahr Absolventen mit einer Behinderung verlassen. Viele Firmen zahlen lieber eine Abgabe, als Mitarbeiter mit einer Behinderung einzustellen.

Die Landesverwaltung erfüllt die Beschäftigungsquote. Dies liegt aber daran, dass der Altersdurchschnitt der Mitarbeiter relativ hoch ist. Ältere sind nun mal eher krank oder behindert. Arbeiten wie z.B. Botengänge, Kopieren, Putzen, Gartenpflege usw. werden von kostenlosen Praktikanten erledigt oder an Fremdfirmen ausgelagert. Menschen mit geistigen Behinderungen könnten dies auch erledigen

Ich möchte im Pflegeheim arbeiten

Warum ein junger Mann lieber spielen als arbeiten soll



Das ist Herr van Germert. Er wird in Hoym betreut und in der Fördergruppe beschäftigt. „Ich habe leider nur den Abschluss der Förderschule für geistig Behinderte“, sagt er über sich selbst, „und darum keine Chance auf dem Arbeitsmarkt.“. Sein Betreuer, Herr Elbe, ergänzt, dass Herr van Germert leider als nicht werkstattfähig eingestuft wurde. Er kam in diese Hilfebedarfsgruppe, weil es in der Vergangenheit in der WfbM in Quedlinburg Schwierigkeiten gab. „Die Arbeit hat mir keinen Spaß gemacht und ich war noch jünger.“

Herr van Germert würde gern als Helfer in einem Pflegeheim arbeiten. Dort hatte er früher einmal ein Schulpraktikum gemacht. Er möchte die alten Menschen in ihren Rollstühlen spazieren fahren, sich ihre Geschichten anhören, mit ihnen spielen und Essen oder Trinken reichen. „Das sagt man so, wenn man beim Füttern hilft.“, ergänzt er stolz. Die Schwestern lobten ihn, weil er ihnen bei vielen Tätigkeiten half und die alten Menschen freuten sich, wenn er kam. Eine Ausbildung kann er aber wegen seinem Schulabschluss nicht absolvieren. Er sagt: „Ich kann nicht so gut lesen und schreiben“. Also kam er nach der Schule in die Werkstatt, machte dort Stress und musste in die Fördergruppe.

Der Minister für Arbeit und Soziales ermuntert ständig die Sachsen-Anhalter, bei der Betreuung von alten und dementen Menschen zu helfen. Dies ist, vor allem unter Beachtung der demografischen Entwicklung, eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Herr von Germert darf das nicht. Er benötigt bei der Arbeit eine gewisse pädagogische Betreuung und Anleitung. Die Schwestern im Heim würden dies übernehmen. Wenn das Pflegeheim so viel Geld bekäme, wie die Ämter an Eingliederungshilfe für den Platz in der Werkstatt zahlen, würde sich die Sache rechnen. Die Hoymer Pädagogen würden ihm gern helfen, ein persönliches Budget für Arbeit zu beantragen. Darauf hat Herr van Germert allerdings keinen Anspruch. Geldleistun-

gen kann man nur an Stelle von Sachleistungen bekommen. Da er als nicht mehr werkstattfähig gilt, bekommt er keine Hilfe zur Arbeit. Das ist das Grundproblem. Dazu kommt, dass ein Mensch mit seiner Behinderung sich zwar teilweise aussuchen kann, ob er lieber mit Metall oder mit Holz arbeitet, aber nicht, ob er sich lieber mit Menschen beschäftigt.

Er darf in Hoym Töpfern, Filzen und Sport treiben bis er so alt ist, dass man ihm selber das Essen reichen muss. Die Menschen im Pflegeheim dürfen in ihrer Freizeit weiter Löcher in die Luft starren. Die Schwestern können sich weiterhin zwischen Pflege und Dokumentation dieser abhetzen. Und der Minister? Der kann weiter um bürger-schaftliches Engagement bitten.

Verwaltungen arbeiten immer schriftlich



Adrian Maerevoet,

Landesbehinderten-
beauftragter

Liebe Leserinnen und Leser,

in der letzten „normal!“ hatten wir umfänglich über die Zwillinge von Eltern mit Behinderungen berichtet. Die Kinder haben ihr Einjähriges gefeiert und entwickeln sich bestens. Die weiterhin erforderliche Unterstützung wurde auf das Minimum zurückgefahren. Das ist nun endlich Inklusion und nicht mehr einschränkende Überbetreuung. Den Artikel haben erfreulicherweise viele Menschen gelesen und sich positiv geäußert.

Er war aber auch Anlass, sich wegen eines weiteren Falls von Zwillingen behinderter Eltern an uns zu wenden. Diesmal war Magdeburg betroffen. Auch hier war die Unterbringung eines Zwillinges bei einer Pflegefamilie bereits erfolgt. Die dazu erforderliche Zustimmung hatte man nach Aussage der Betreuerin unter falschen Angaben von ihr bekommen. Üblich scheint in dem Jugendamt zu sein, möglichst viel „mündlich“ abzusprechen. Dabei findet Verwaltung jedoch schriftlich statt. Ansonsten werden die Betroffenen ihrer Rechte beraubt. Fordern Sie deshalb immer alles schriftlich ab und lassen sich nicht telefonisch oder im Gespräch abwimmeln.

Bei der von uns durchgeführten Akteneinsicht wurden wir aufgefordert, bloß der Mutter nicht zu sagen, dass sie lediglich ihr Einverständnis zur Pflege widerrufen müsse, um ihr Kind zu erhalten. Weil sie das ja wegen ihrer Behinderung nicht könne. Dabei ist die Mutter hilflos und weint, weil ihre Kinder nicht bei ihr sind, bittet uns um Hilfe und ich soll bloß nichts sagen? Wo leben wir denn? Was ist das für eine Auffassung zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland? Wo bleibt das Benachteiligungsverbot, wo der Schutz der Familie?

Aber aufgrund unserer massiven Intervention hat sich Gesundheitsamtsleiter Herr Dr. Hennig,

der gerade die Beigeordnete vertreten hatte, um eine gute Lösung bemüht. Ihm persönlich ist zu verdanken, dass die Mutter sich mit ihren Zwillingen in einer speziellen Wohnform den Herausforderungen der Erziehung stellen kann. Dort erhält sie die erforderliche Unterstützung und soll zum frühest möglichen Zeitpunkt wieder in ihre eigene Wohnung ziehen. Das Denken des Jugendamtes wurde allerdings noch einmal darin bestätigt, dass der eine Zwilling erst nach etwa zwei Wochen zur Mutter kam. Weil man ja bereits die Pflegefamilie bezahlt hatte, musste diese das noch abarbeiten. Armes Deutschland!

Doch nun zu einem anderen Thema. In Eisleben ist ein neues Job Center entstanden. Wir wurden von Betroffenen aufmerksam gemacht, dass die barrierefreie Zugänglichkeit fehlen würde. Unsere Bitte, doch ein paar Fotos zu machen, wurde mit der Begründung abgelehnt, dass würden wir ja gerne machen, aber wir kommen einfach nicht mit dem Rolli ans Gebäude ran. Auch vom neuen Behindertenparkplatz, der nicht beschildert ist, käme man nicht ins Gebäude. Der daneben liegende alte Behindertenparkplatz verdient seinen Namen nicht und ist ebenfalls ungeeignet.

Das wollten wir überprüfen und mussten das leider bestätigen. Menschen mit Mobilitätseinschränkungen haben keine Chance, so wie im Gesetz vorgeschrieben, ins Gebäude zu gelangen. Der Türtaster liegt auf einer Schräge mit etwa 10% seitlicher Neigung. Erlaubt wären gut 2%. Auch der Abstand zur Tür stimmt nicht. Der dorthin und zur Eingangstür führende Weg hat fast 14% Steigung. Erlaubt wären bis zu 6%. Der Bürgersteig hat fast 9% seitliche Neigung. Erlaubt wären gut 2%. Ich hoffe nur, dass kein Handrollifahrer, der sich trotzdem auf dieses riskante Abenteuer einlässt, die Kontrolle über sein Fahrzeug verliert und unter einem Auto oder im Keller landet.

Ich habe die Landrätin angeschrieben. Mal schauen, ob das Bauamt, dessen Mitarbeiter wegen Urlaubsvorbereitung nicht zum Besichtigungstermin kommen konnte, ein Schild aufstellt: Für Rollis verboten. Zuzutrauen wäre es.

In der letzten „normal!“ habe ich auf die fehlende Barrierefreiheit des Preises „Auf dem Weg zur barrierefreien Kommune“ hingewiesen. Hier hat es eine gute Einigung mit dem zuständigen

Ministerium gegeben. Die Wettbewerbsteilnehmer wurden aufgefordert, alle Vorschriften zur Barrierefreiheit zu berücksichtigen und nicht nur die in dem Bereich unzureichende Landesbauordnung. Herzlichen Dank. Jetzt müssen „lediglich“ noch die Landesbauordnung und die zugehörigen Technischen Baubestimmungen so angepasst werden, dass niemand mehr im Gefahrenfall benachteiligt wird. Mal schauen, wie Minister Webel diese Herausforderung annimmt.

Auch Minister Stahlknecht hat die Chance, von der

kommenden Landtagswahl nicht mehr länger verschiedene Menschen mit Behinderungen auszuschließen. Ich habe ihn jedenfalls mit Hinweis auf das Benachteiligungsverbot im Behindertengleichstellungsgesetz und die Forderung der Staatenkommission darum gebeten.

Ich kann Ihnen nur sagen, dass die Zeit wirklich reif ist, nachdrücklich und nachhaltig etwas zu verändern und bitte Sie alle um ihre persönliche Unterstützung.

Neubau ist nur „teilweise“ barrierefrei

Fotos von der Begehung des Jobcenters Eisleben am 16.07.2015

Nachdem der Neubau des Jobcenter in der Lutherstadt Eisleben im Dezember 2014 eröffnet wurde, stellten die ersten Besucher mit einer Behinderung fest, dass an ihre Bedürfnisse nur teilweise gedacht wurde. Das Gebäude sollte barrierefrei werden. So verlangen es nicht nur die entsprechenden Gesetze, sondern so wollten es die Auftraggeber. Unter den Planern war wahrscheinlich niemand der mit einer Behinderung oder jemand, der z.B. mit Rollstühlen Erfahrung hat. Es wurde viel Gutes geschaffen. Einzelne Barrieren verhindern aber teilweise, dass es die Betroffenen überhaupt zu sehen bekommen. Ein paar Beispielfotos des LaKoB von einer Begehung im Juli:



Der nachgewiesene Parkplatz für das Jobcenter ist ein „öffentlicher Parkplatz“

Die Oberflächenbefestigung entspricht nicht den Anforderungen an barrierefreie Parkplätze.

Die beiden neu hergestellten barrierefreien Parkplätze weisen eine richtige Oberflächen-gestaltung auf, sind aber nicht als Behinderten-parkplätze nach STVO gekennzeichnet.



Die Längsneigung der Straße liegt über 6 %.

Alle Personen, ob mit oder ohne Handicap, müssen von den Parkplätzen in Richtung Haupteingang Jobcenter auf der Fahrbahn laufen! Es gibt keinen separaten Gehweg. Unfälle sind hier vorprogrammiert.

Stolperkanten im Gelände und keine optisch kontrastreiche Markierung der Vorderkanten der Treppenstufen.



Die Stützklappgriffe sind zu kurz, es fehlen 15 cm.

Die Zugschnur für den Alarm ist kaum zu erkennen und zu kurz.

Bei dem Warmwasserboiler kann eine Kollision mit einem Rollstuhlbenutzer nicht ausgeschlossen werden – **Unfallgefahr!**

Kippspiegel sind nicht zu verwenden, weil viele Menschen mit Behinderung den Hebel nicht bedienen können.

Der Abfallbehälter für benutzte Hygieneartikel ist mit einer Hand oder einem Fuß nicht zu öffnen.

Türdrücker liegt bei 1,05 m und ist zu hoch. Ein Zuziehbügel zum bequemeren Schließen der Tür ist nicht vorgesehen.





Der an der Hauswand befindliche Taster zur Kraftbetätigung für die Tür kann von Menschen mit Handicap (Rollis) nicht genutzt werden. Durch das Quer- und Längsgefälle kann man diesen nicht nutzen. (Quergefälle von ca. 8,5 %, Längsgefälle von ca. 13,6 %, Schwelle von 2 cm bei einem Gefälle von 13,6 % unmittelbar vor dem Haupteingang). Auf eine Bewegungsfläche 1,50 m x 1,50 m am Anfang des Quer- bzw. Längsgefälles und unmittelbar vor dem Haupteingang wurde verzichtet.

Bedienelemente setzen sich nicht optisch kontrastreich von der umgebenden Wandfläche ab.

Die innen lose verlegten Schmutzablaufmatten stellen eine Gefahrenquelle dar. Betroffen sind vor allem Menschen mit Geh- und Sehbehinderungen.

Den Traumberuf fest im Blick

Eine Mutter berichtet über den Weg ihrer Tochter zur Förderschullehrerin

Als Eltern einer lebensfrohen und den Menschen zugewandten Tochter mit Handicap haben wir uns bei der Erziehung an Marie Montessoris Maxime „Hilf mir, es selbst zu tun!“ gehalten. Konkret hieß das für uns, sie immer in dem zu bestärken, was sie selbst erreichen wollte. Was die Berufswahl unserer Tochter betraf, standen wir allerdings vor der Frage, ob wir davon abraten sollten. Ausgerechnet Lehrerin wollte sie werden, am liebsten an einer Förderschule!

Josephine hat ein gutes Abitur abgelegt, ihr Universitätsstudium in der Regelstudienzeit absolviert und für ihre Staatsexamensarbeit zum Thema „Inklusion“ eine glatte Eins erhalten. Soweit so gut. Während ihrer Vorbereitungszeit auf das zweite Staatsexamen haben wir dann aber erleben müssen, welche Herausforderung gelebte Inklusion mit sich bringen kann: Man lud Josephine offiziell ein und legte ihr nahe, aufgrund ihrer Behinderung besser nicht Förderschullehrerin zu werden. „Früher hätten Sie das nicht studieren können“, teilte man ihr mit. Unsere Tochter war bestürzt, blieb jedoch bei ihrem Berufsziel, beriet sich mit Fachexperten, fand Gleichgesinnte, erhielt Unterstützung. Die brauchte sie. Als Eltern standen wir ihr bei diesem Kampf zur Seite.

Inklusion bedeutet Veränderung. Jeder Mensch hat seine Sicht darauf. Da gibt es Grenzen und Widerstände: Nicht wissen, nicht wollen, nicht können, nicht dürfen oder nicht wagen. Widerstände und Grenzen, auf die man stößt, sind immer auch positiv zu bewerten. Schließlich eröffnen sie die Chance, die vielfältigen Sichtweisen und daraus resultierende Reaktionen auf die angestrebte Veränderung ans Licht zu bringen. So treffen Sicherheit auf Verunsicherung, Verteidigung auf Abwehr, Abgrenzung, Freude und Wohlwollen auf Ängste. Veränderung braucht Zeit und Geduld. Solche Grenzüberschreitungen, wie unsere Tochter sie leider erleben musste, gehören dazu. Da trauen manche Menschen Behinderten

weniger zu oder meinen, sie wüssten, was für sie gut sei. Menschen mit Behinderungen wollen selbstbestimmt ihr Leben in die Hand nehmen – und haben es gerade deshalb oft auch schwer. Josephine spürte eine systematische Entwertung ihrer Person und ihres Leistungsvermögens, sie litt unter dem Unverständnis für ihr berufliches Ziel. Nur schwer hält ein Mensch so etwas dauerhaft aus. Als Eltern durchlebt man das mit. Mittendrin konnte Josephine nicht mehr. Sie schrieb Bewerbungen für andere Stellen, führte Bewerbungsgespräche und – blieb dann doch bei ihrem Berufswunsch Förderschullehrerin. Es gab Halt bei Freunden, in der Familie, im Kreise der Referendarinnen und Referendare, bei der Schwerbehindertenvertretung, beim Landesbehindertenbeauftragten, in der Ausbildungsschule und bei Menschen mit einem Herz für Inklusion. Ihr Freund stützte sie sehr. Vor allem machte ihr die Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen Freude. All das motivierte, durchzuhalten und den Abschluss zu erkämpfen.

Das gelang, weil unsere Tochter Menschen getroffen hat, die an sie glaubten; die Courage und Mut hatten, mit für sie einzustehen. Der größte Respekt gebührt Josephine selbst, die mutig ihr Ziel verfolgte. Die Edith-Stein Stiftung des Bistums Magdeburg schaute auf die Stärken der jungen Frau und auf ihr Expertenwissen in eigener Sache. „Inklusion gilt auch für die Lehrerschaft“, sagt Stiftungsdirektor Thomas Quecke. Seit November 2013 arbeitet Josephine als Förderschullehrerin an mehreren Schulen. Eine Förderschullehrerin mit einer Benachteiligung eben. Sie stottert; meist gar nicht, mal mehr oder weniger. Als ich sie vor kurzem fragte, wie es ihr beruflich gehe, antwortet sie spontan: „Ich fühle mich als gleichwertiges Mitglied im Kollegium“.

Nachsatz: Mit diesem Artikel wollen wir anderen Menschen Mut machen, in schwierigen Lebenslagen nicht aufzugeben!

Dr. Angelika Wolters

Leben in einem Wohnheim

Kann es inklusive Wohnheime geben?

Eine Forderung der Behindertenbewegung lautet „Selbstbestimmt Leben“. Sie findet sich auch in der UN-Behindertenrechtskonvention – es ist die zentrale Forderung. Dazu gehören u.a. ein Einkommen, mit dem Menschen mit Behinderungen so leben können, wie sie es selbst wollen. Die notwendigen Hilfen müssen ihnen dort gewährt werden, wo sie auf eigenen Wunsch wohnen. Menschen ohne eine Behinderung können in einer eigenen Wohnung leben, in einer WG oder in Gemeinschaftshäusern. Bei Menschen mit einer Behinderung bestimmen Betreuer und Kostenträger, wie und wo sie zu wohnen haben. Müssen wir jetzt alle Wohnheime schließen? Sollen Menschen die teilweise schon 60 Jahre hier leben zwangsumsiedeln? Freundschaften auseinanderreißen? Das will sicher niemand. Aber jeder Mensch hat das Recht selber zu bestimmen, wo er leben will.

Schauen wir uns eine Einrichtung näher an – Schloss Hoym. Die Schloss Hoym Stiftung gehört zur Diakonie Mitteldeutschland. Auf dem Gelände in Hoym befinden sich Wohnheime mit Wohngruppen für Menschen mit geistigen, psychischen oder mehrfachen Behinderungen. Außerdem gibt es einige Apartments, in denen Bewohner auf das Leben in einer eigenen Wohnung vorbereitet werden. Dazu gibt es ein Schwimmbad, Sportplätze und Tiergehege. Zur Stiftung gehören außerdem Wohnungen außerhalb von Hoym, in denen Menschen mit Hilfebedarf betreut werden.

Der Geschäftsführer, Herr Strutzberg, würde am liebsten alle Bewohner in Hoym auf ein Leben in einer eigenen Wohnung vorbereiten. Bei einigen weiß er jedoch, dass ihr individueller Hilfebedarf für die Kostenträger zu hoch ist. Der Bedarf wird mit Hilfe von Bedarfsgruppen festgelegt. Es muss genau festgestellt werden, ob der einzelne Mensch Hilfe zur Pflege oder Eingliederungshilfe benötigt. Einen schwerbehinderten Menschen anziehen, damit er zu den Tieren gehen kann gehört zur Eingliederungshilfe. Wird er angezogen, um zum Arzt gefahren zu werden, dann ist das Teil der Pflege. Je nach Hilfebedarfsgruppe werden die Minuten bestimmt, an denen ein Mensch Eingliederungshilfe bekommt. Stationäre Angebote gibt es für ambulant wohnende Menschen nicht oder nur teilweise. Die Kostenträger bestimmen wer fit genug ist, um in einer eigenen Wohnung zu leben. So viel zur Individualität.

Man muss nicht alle Heime sofort schließen. Schon gar nicht, solange es noch Menschen gibt, die darin leben wollen. Was wir brauchen sind andere Heime.



Die Töpferwerkstatt am Vormittag

Wohnheime sind, wie auch die Werkstätten für Menschen mit Behinderungen, Einrichtungen der Eingliederungshilfe. Durch Maßnahmen sollen auch schwerbehinderte Menschen einen erfüllten Tagesablauf haben. Die einen werden nach dem Frühstück zur Werkstatt gefahren, um zu arbeiten und die anderen (Hilfebedarfsgruppe: nicht werkstattfähig) gehen zum Töpfern oder Filzen. Menschen außerhalb der Einrichtung treffen sie kaum und die Menschen außerhalb lernen so auch keine Menschen mit Behinderungen kennen.

Hier muss sich etwas ändern! Träumen wir einmal! Warum steht z.B. die Töpferwerkstatt am Nachmittag und Abend fast immer leer? Eröffnen wir einen Töpferkurs der von Werkstattmitarbeitern nach Feierabend besucht werden kann. Ein Kleinbus holt Bewohner aus ihren Wohnungen ab, damit sie mit anderen ihre Freizeit verbringen können. Dazu kommen Bewohner Hoym, die gerne Töpfern möchten, sogenannte Nichtbehinderte. Den Kurs leitet dann keine Sozialpädagogin, sondern eine freischaffende Künstlerin. Dazu gibt es Sportangebote und vieles mehr. Alle Angebote sind für Menschen mit und ohne Behinderungen. Das wäre Inklusion. Dazu muss man am Anfang sicherlich Geld in die Hand nehmen. Gespart wird später. Der Gewinn ist aber sofort spürbar.

Soviel zu Träumen. Sind dies auch die Träume und Wünsche der Menschen, die in Einrichtungen der Eingliederungshilfe leben? Im Dezember wird es im Sozialministerium dazu eine Veranstaltung geben. Die AG „Inklusion“ des Runden Tisches der Menschen mit Behinderungen organisiert sie. Wohnheimbeiräte aller Träger sollen mit Kostenträgern ins Gespräch kommen. Wir hoffen auf eine rege Teilnahme.

23 Euro Essengeld für eine Woche

Besuch beim Bewohnerbeirat der Schloss Hoym Stiftung

Im August besuchten wir eine Sitzung des Bewohnerbeirates im Schloss Hoym.

Einige wohnen in Hoym auf dem Schlossgelände, andere im Außenwohnen.

Wer gelernt hat in einer eigenen Wohnung zu leben, lebt nicht nur in Hoym, sondern auch in Aschersleben.

Hier wird er weiter durch Betreuer gefördert.

Das nennt man Außenwohnen.

Der Bewohnerbeirat bestimmt über das Leben in der Schloss Hoym Stiftung mit.

Er vertritt die Interessen der Bewohner.

Der Bewohnerbeirat wurde von allen Bewohnern gewählt, egal ob sie im Schloss oder in einer eigenen Wohnung leben.

Manche Menschen können nicht lesen.

Die Fotos auf den Wahlzetteln helfen ihnen beim Ankreuzen.

Die Mitglieder des Bewohnerbeirats erzählen von ihrer Arbeit.

Am Tag arbeiten fast alle in einer WfbM.

Nach Feierabend versuchen sie die Probleme ihrer Mitbewohner zu lösen.

Dazu reden sie mit den Mitarbeitern und der Leitung.

Der Bewohnerbeirat hat ein eigenes Büro.

Wir fragen nach ihren Wünschen.

Eine möchte ein Fahrrad,

eine wünscht sich eine Wohnung mit weniger Treppen,

einer möchte nie wieder Stress mit Nachbarn

und einer zu einem Fußballspiel des HFC.

Dann sprechen die Mitglieder des Bewohnerbeirats über Geld.

Eine sagt, dass sie darüber nicht reden darf.

Die Mitarbeiter in der Werkstatt haben das verboten.

Alle sagen, dass es ihnen sehr schwer fällt

am Monatsende noch Geld zu haben.

Jeder bekommt 23 € Essengeld in der Woche.

Dafür müssen sie sich an 7 Tagen

Frühstück und Abendbrot machen

und am Wochenende auch das Mittagessen.

Viele nehmen einen Teil ihres Taschengelds

um zusätzlich Essen zu kaufen.

Sie bekommen unterschiedlich viel Taschengeld.

Die Meisten bekommen 20 – 30 € in der Woche.

Von dem Geld kaufen sie sich Seife, Zigaretten, Kleidung

oder sparen es für einen Urlaub.

Karl-Heinz bekommt nur 1,50 €.

Sein Geld reicht nicht mal für Bier.

Seife und Kleidung kaufen die Betreuer für ihn.

Karl-Heinz ist zufrieden, aber die Anderen nicht.

Die Betreuer sparen für ihn und kaufen für ihn ein.

Die anderen sagen: „Dann lernst du nie in einer eigenen Wohnung zu leben“.

Karl-Heinz will keine eigene Wohnung.

Der Bewohnerbeirat will eine Umfrage zum Taschengeld organisieren.



Barrierefreiheit nur auf dem Papier

Kritik des LaKoB am Wettbewerb „Auf dem Weg zur barrierefreien Kommune“

Seit vielen Jahren gibt es den Wettbewerb „Auf dem Weg zur barrierefreien Kommune“. Er wird vom Ministerium für Bau und Verkehr ausgeschrieben. An der Ausschreibung und an der Auswahl der Preisträger sollen auch Menschen mit Behinderungen teilnehmen. Für den Wettbewerb 2015 wandte das Ministerium sich an das LaKoB. Deren Mitglieder stellten bei der Durchsicht der Unterlagen fest, dass trotz ihrer Kritik an den vergangenen Ausschreibungen, sich nichts geändert hat. So wurde immer noch keine vollumfängliche Einhaltung aller Bauvorschriften zur Barrierefreiheit verlangt und es fehlten Sanktionsmöglichkeiten, wenn beim Bau von der Planung abgewichen wird. Daraufhin erklärte das

LaKoB im Landesbehindertenbeirat, sich nicht mehr am Wettbewerb zu beteiligen. Die Beiratsmitglieder zeigten zwar Verständnis, baten den Behindertenbeauftragten aber, noch ein klärendes Gespräch mit dem Ministerium zu organisieren.

Am 24. April war es soweit – und – ein Wunder geschah. Das Ministerium sicherte zu, an die Kommunen für den Wettbewerb 2015 Ergänzungen zu schicken. Bei folgenden Wettbewerben soll das LaKoB bereits an der Ausschreibung beteiligt werden. Unter diesen Bedingungen erklärten die Mitglieder des Kompetenzzentrums sich zu einer Mitarbeit bereit.

Massive Kritik an Deutschland in Genf

Ergebnisse der Staatenprüfung zur Umsetzung der UN-BRK

Am 26./27.03.15 fand in Genf die Staatenprüfung zur Umsetzung der UN-BRK für Deutschland statt. In seinen „Abschließenden Bemerkungen“ vom 13.04.15 wird Deutschland vom zuständigen UN-Ausschuss kritisiert, es gab aber auch Lob.

Grundlage der Staatenprüfung war der „Staatenbericht“ der Bundesregierung, ergänzt durch Parallelberichte der BRK-Allianz und der Monitoringstelle. Die „Abschließenden Bemerkungen“ äußern anhand der Artikel der BRK jeweils zunächst Sorge bzw. Kritik an bestimmten Zuständen und geben dann Empfehlungen für Maßnahmen zu deren Beseitigung.

Gelobt wurden zunächst der Aktionsplan der Bundesregierung, die Novellierung des Personenbeförderungsgesetzes, die Einsetzung einer Bundesbeauftragten und die Anerkennung der Gebärdensprache.

Festgestellt wurden aber auch Defizite und Probleme:

So sind die Landesaktionspläne unausgewogen, sie berücksichtigen den Menschenrechtsansatz nicht ausreichend. Länder und Kommunen müssen sich ihrer Verpflichtung stärker bewusst werden.

Die Umsetzung der BRK in nationales Recht ist unzureichend. Es fehlt ein klarer Behinderungsbegriff. Bestehende Gesetze müssen auf ihre Vereinbarkeit mit der BRK geprüft werden, neue müssen sie von vornherein berücksichtigen.

Menschen mit Behinderungen werden hierzulande nicht ausreichend an sie betreffende Entscheidungen beteiligt. Selbstvertretungsorganisationen müssten besser an der Verabschiedung von Rechtsvorschriften, Konzepten und Programmen beteiligt werden und dafür die nötigen Mittel erhalten. In der Praxis lassen sich Rechte aus der BRK nicht ausreichend gerichtlich durchsetzen.

„Angemessene Vorkehrungen“ zur Verbesserung der Lage von Menschen mit Behinderungen sind in Deutschland nicht definiert, es gibt keinen Zeitrahmen zu ihrer Durchsetzung. Die Verweigerung angemessener Vorkehrungen sollte als Diskriminierung anerkannt und sanktioniert werden! Der Ausschuss kritisiert auch die Mehrfachdiskriminierung von Frauen mit Behinderungen, insbesondere von Migrantinnen sowie ihren unzureichenden Schutz vor Gewalt.

Kinder mit Behinderungen müssen besser in für sie wichtige Entscheidungen einbezogen werden. Eltern können nach wie vor häufig nicht frei über die Bildung und über Dienstleistungen für ihre behinderten Kinder entscheiden!

Maßnahmen zum Abbau von Stigmatisierungen, insbesondere von Menschen mit geistigen und psychosozialen Behinderungen haben sich bisher als wirkungslos erwiesen.

Gefordert werden zwingende (verbindliche) Auflagen, Kontrollen und Sanktionen zur Durchsetzung von Barrierefreiheit („Zugänglichkeit“), auch gegenüber privaten Rechtsträgern. Das betrifft insbesondere auch die öffentlich-

rechtlichen und privaten Rundfunkanstalten. Sie müssen ihre barrierefreien Angebote verbessern.

Das deutsche Betreuungsrecht ist mit der BRK unvereinbar, erforderlich ist statt einer „ersetzten Entscheidung“ eine „unterstützte Entscheidung“ unter Einbeziehung der betroffenen behinderten Menschen. Der Zugang zur Justiz muss für Menschen mit Behinderungen verbessert werden. Besorgt ist der Ausschuss über die Praxis der Zwangsunterbringung von Menschen mit psychosozialen Behinderungen in Einrichtungen und die Missachtung ihrer Privatsphäre, sowie die in diesem Bereich häufig angewandten Freiheitsbeschränkungen.

Der Ausschuss empfiehlt, Sterilisierung ohne die uneingeschränkte und informierte Einwilligung des/der Betroffenen gesetzlich zu verbieten. Das gilt auch für Zwangsabtreibungen an Erwachsenen mit Behinderungen bei ersetzter Entscheidung.

Kritisiert werden der hohe Grad an Institutionalisierung und der Mangel an alternativen Wohnformen und dass der Zugang zu Leistungen und Unterstützungsangeboten einer Bedürftigkeitsprüfung unterliegt, was eine angemessene Lebensführung einschränkt.

Kinder dürfen nicht auf Grund der Behinderung ihrer Eltern von diesen getrennt werden, was immer wieder vorkommt. Eltern mit Behinderungen müssen stattdessen inklusive gemein-

denahe Unterstützung und Schutz erhalten.

Kritisiert wird das System der Förderschulen für die meisten behinderten Kinder. Gefordert werden eine Strategie und ein Zeitplan für den Zugang von Kindern mit Behinderungen zum allgemeinen Schulsystem einschließlich des erforderlichen Personals und entsprechender Mittel.

Empfohlen werden die Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt und die schrittweise Abschaffung der Behindertenwerkstätten.

Menschen mit Behinderungen sollten zusätzliche behinderungsbedingte Aufwendungen nicht selbst tragen müssen, insbesondere Aufwendungen für eine unabhängige Lebensführung.

Der Ausschuss kritisiert den Ausschluss von Menschen mit Behinderungen vom Wahlrecht und die praktischen Barrieren bei dessen Ausübung.

Die Einhaltung und Umsetzung der BRK muss besser überwacht werden, z.B. durch die Landesbehindertenbeauftragten.

Deutschland wird abschließend gebeten, bis 24.03.2019 den nächsten Bericht vorzulegen und bis April 2016 über Maßnahmen zum Gewaltschutz für Frauen und Mädchen mit Behinderungen zu berichten.

Hans-Peter Pischner

Mit dem Rollstuhl auf der BUGA

Bericht über einen Besuch des BUGA-Ortes Havelberg in Sachsen-Anhalt

In diesem Jahr findet die Bundesgartenschau erstmals in zwei Bundesländern statt. Sachsen-Anhalt und Brandenburg stellen gemeinsam die Havelregion vor. Sachsen-Anhalt gestaltet die Schau in Havelberg und Brandenburg in Rhinow, Rathenow, Premnitz und der Stadt Brandenburg. Verwöhnt von den vergangenen Landesgartenschauen wollten wir uns besonders den Teil in Havelberg anschauen. Zwischen den Städten ist ein Buspendelverkehr eingerichtet worden. In den einzelnen Städten gibt es mehrere BUGA-Orte, die in der ganzen Stadt verteilt sind. Die gesamte BUGA können auch nichtbehinderte Menschen nicht an einem Tag erwandern. Die Eintrittskarte, die man überall barrierefrei kaufen kann, gilt aber während der gesamten BUGA und erlaubt den Eintritt in alle Gelände einmal. Dies erfährt man unter anderem auf der nicht barrierefreien Internetseite. Dort steht leider nicht, wie selten diese Busse fahren und dass sie nur zwei Kinderwagen oder Rollstühle mitnehmen können. Wir besuchten die BUGA mit dem PKW und fanden

an jedem Eingang ausreichend viele und geeignete Rollstuhlparkplätze vor. Die Eintrittskarten können Rollstuhlfahrer selbst kaufen, da jeder Verkaufsstand über eine Rampe verfügt. Die DIXI-Toilettenanlagen umfassen überall mindestens ein



Blick vom BUGA-Gelände am Dom über die Stadt

Behinderten-WC. Sehr sportliche und schlanke Personen mit sehr kleinen Rollstühlen, schaffen es, diese zu benutzen. Ansonsten hilft die Toilettenfrau und räumt ihre Putzmittel raus. Für Menschen mit einer Gehbehinderung werden an allen Eingängen Scooter zum Ausleihen angeboten. In dem Teil, der sich Dombezirk nennt, gelangt man auf barrierefreien Wegen an Mustergräbern und -kleingärten zum Havelberger Dom. Hier ist es vorbei mit den glatten Wegen. Das Kopfsteinpflaster beginnt. Den Dom selber können auch Rollstuhlfahrer besichtigen. Während die Hauptwege gut befahrbar bleiben, haben die kleineren Wege oft einen zu lockeren Belag. Im Weindorf gibt es Holzstege mit viel zu breiten Spalten für die Rolliräder. Bei der Hitze ist Alkohol sowieso nicht gesund. Wenn wir Hinweisschilder gefunden hätten, dann wären wir nicht so oft an Stufen angekommen, sondern gleich auf dem richtigen Weg gefahren.

Die nächste BUGA-Attraktion befindet sich in der St. Laurentiuskirche mitten in der Stadt. Dorthin gelangt man über eher weniger barrierefreie

Straßen und Fußwege. Manche sind sogar abgesenkt. Mit dem Rollstuhl kommt man gut in die Kirche und kann, da bei dem schönen Wetter vor jeder Gaststätte Tische stehen, etwas essen oder trinken. Ob wir irgendwo vielleicht doch reingekommen wären, steht im BUGA-Führer leider nicht. Die nächste Station wäre das Haus der Flüsse, auf der anderen Seite der Havel, gewesen. Da wir über eine längere Straße mit Kopfsteinpflaster bis zur barrierefreien Brücke hätten fahren müssen, beschlossen wir zum Dom und unserem Auto zurückzukehren. Wir fuhrten über den vorgeschlagenen Rundweg. Irgendwann muss das Kopfsteinpflaster ja aufhören – es hörte aber nicht auf, sondern wurde schlimmer. Tiefe Rillen, große Löcher und fehlende Steine. So muss die Hölle für Rollstuhlfahrer aussehen!

Fazit: Wir leben noch und der Rollstuhl ist nicht kaputt gegangen. Die vier Orte in Brandenburg waren auch nicht besser. Die eigentlichen BUGA-Gelände fanden wir sehr schön. Die Wege dazwischen versuchen wir zu vergessen.

Sabine Kronfoth

Aktionsbündnis „Landkreis Harz inklusiv“

Gemeinsam wird im Harz die UN-Konvention umgesetzt

Dieses Bündnis ist ein Zusammentreffen von Vereinen, Institutionen, Selbsthilfegruppen, Verbänden aber auch Einzelpersonen, die sich gemeinsam für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Landkreis Harz stark machen und aktiv mitwirken wollen. Nach intensiven und umfänglichen Vorbereitungen war es dann soweit: am 23. September 2014 gründete sich das kreisweite Aktionsbündnis in Halberstadt. Nicht einmal drei Monate später - am 3. Dezember 2014 - trafen sich die Vertreter der Bündnispartner zu ihrer ersten Vollversammlung. Hier wurden Dr. Detlef Eckert zum Vorsitzenden des Aktionsbündnisses und Frau Angela Gorr zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Die Schirmherrschaft übernahm der Landrat des Landkreises Harz Martin Skiebe.

In einer „Willensbekundung“ haben alle Bündnispartner ihr gemeinsam beschlossenes Ziel, einen Aktionsplan für den Landkreis Harz zu erarbeiten, erklärt. Des Weiteren wurde eine Geschäftsordnung verfasst, in der die Regularien der Bündnisarbeit abgestimmt wurden. Aus dieser ersten Zusammenkunft sind sechs Arbeitsgruppen entstanden:

1. Teilhabe am Arbeitsleben
2. Barrierefreiheit und Mobilität
3. Gesundheit, Pflege, Eingliederungshilfe
4. Bildung und Erziehung

5. Kultur, Freizeit und Sport
6. Selbstbestimmt leben und wohnen

Diese erarbeiten den Ist-Zustand ihrer Themenbereiche und suchen gemeinsam nach Lösungsmöglichkeiten. Ist der Kindergarten mit dem Kinderwagen barrierefrei zugänglich? Können Rollstuhlfahrer problemlos einkaufen oder gibt es unüberwindbare Hindernisse? Wie viele Firmen gibt es im Landkreis Harz, die behinderte Menschen beschäftigen? Wo gibt es Eingliederungshilfen? Sind Arztpraxen barrierefrei zugänglich? Sind die öffentlichen Behörden schon ausreichend auf Inklusion eingestellt?

Zum kreisweiten Europa-Aktionstag, der am 5. Mai 2015 auf dem Quedlinburger Marktplatz stattfand, stellte sich das Aktionsbündnis mit seinen sechs Arbeitsgruppen vor. Die positive Resonanz der Gäste und BesucherInnen zeigte, dass die Themen Inklusion von Menschen mit Behinderung und insbesondere die Barrierefreiheit eine wichtige Rolle im Landkreis Harz spielen. Der Protesttag ist dieses Mal auch dazu genutzt worden, um neue Beitrittspartner für das Aktionsbündnis zu gewinnen. Es kann viel mehr erreicht werden, wenn auch viele Leute mitmachen!

Auf Initiative der Arbeitsgruppe „Bildung und Erziehung“ wird am 17. Oktober 2015 in der

Hochschule Harz in Wernigerode eine öffentliche Veranstaltung des Aktionsbündnisses zum Thema inklusive Bildung stattfinden. Die Referentin Frau Boban von der Universität Halle wurde eingeladen, um einen Vortrag über „Inklusion – von Frühförderung bis Grundschule“ zu halten. Eingeladen sind aber nicht nur die Mitglieder des Aktionsbündnisses, sondern auch Erzieher, Betreuer, Lehrer und Interessierte, um dem Vortrag zu lauschen und sich anschließend in den Workshops mit der Thematik intensiv zu beschäftigen.

In der laut „Geschäftsordnung“ jährlich vorgesehenen Vollversammlung, die in diesem Jahr

voraussichtlich am 27. November stattfinden wird, werden alle Arbeitsgruppen die Gelegenheit haben, sich über die bisher erreichten Arbeitsergebnisse und die erfolgten Erfahrungen auszutauschen.

Das Aktionsbündnis ist eine gute Möglichkeit, die Inklusion im Landkreis Harz weiter voran zu treiben. Wenn sich möglichst viele Menschen in diese Arbeit einbringen und mithelfen, die größte Hürde zu beseitigen, nämlich die Barrieren in den Köpfen, dann schaffen wir es!

Susanne Kühn

Bericht aus dem Landesbehindertenbeirat

Am 09. Mai 2015 fand die 75. Sitzung des Landesbehindertenbeirates statt. Auf der Tagesordnung standen neben den Formalien folgende Themen:

- Berichterstattung zur Arbeit des Inklusionsausschusses und der Umsetzung des Landesaktionsplanes (TOP 3)
- Information zur Änderung der Regelbedarfsstufe 3 (TOP 4)
- Beschlussvorlagen aus den AG (TOP 5)
- Preis „Barrierefreie Kommune“ (TOP 6)

An der Sitzung nahmen als Gäste Minister Bischoff, MdL Angela Gorr und Dr. Verena Späthe sowie Herr Richard (Referatsleiter im MS) als Berichterstatter des Inklusionsausschusses teil.

Unter TOP 3 informierte Herr Richard, dass der Inklusionsausschuss sich in seinen bisherigen Sitzungen u. a. mit Fragen der Barrierefreiheit von Frauenhäusern, barrierefreien Tourismusangeboten sowie mit der Mitgliedschaft Sachsen-Anhalts in internationalen Organisationen beschäftigt hat. In der anschließenden Diskussion wurde angeregt, die LAG der Frauenhäuser zu bitten, sich demnächst intensiver mit dem Thema Frauen mit Behinderung zu beschäftigen, um Hilfen für sie individuell zu organisieren. In seinen Ausführungen zur Umsetzung des Landesaktionsplanes zur UN-BRK zeichnete Herr Richard für Sachsen-Anhalt ein relativ positives Bild. Besonders mit dem neuen Landesportal sei ein großer Schritt in Richtung Barrierefreiheit im Netz gelungen. Hinsichtlich des Zugangs zu beruflicher Bildung und zum ersten Arbeitsmarkt wurde eine Verbesserung der Koordination der Rehaträger angestrebt. Beim Übergang von der Förderschule in Berufsausbildung konnten etwa 20 Prozent der Schülerinnen und Schüler der Werkstufen Praktika nutzen, die ihnen neue Wege zeigen. In der Lehrerfortbildung wurden Themen zur Berufsbildung/-beratung angeboten. Des Weiteren infor-

mierte Herr Richard über seine Teilnahme an der Übergabe und Auswertung des Staatenberichts an die UNO zur Umsetzung der UN-BRK in Deutschland. Die Empfehlungen der UNO an Deutschland bzgl. der Umsetzung der UN-BRK sind auf der Homepage des BMAS zu finden. Sie fallen eher kritisch aus.

Im TOP 4 erläuterte Herr Richard, dass infolge eines BSG-Urteils das Bundesministerium für Arbeit und Soziales angewiesen hat, rückwirkend ab 2013 Menschen mit Behinderung, die in den Haushalten mit Familienangehörigen leben, in der Grundsicherung die Summe der Regelbedarfsstufe 1 zu zahlen. Die Nachzahlungen sind vorerst nicht als Vermögen anzurechnen.

TOP 5. Die Beschlüsse 1 und 2/2015 wurden nach Überarbeitung erneut vorgelegt und verabschiedet. Des Weiteren wurden Beschlüsse zur Förderung gehörloser Schüler (3/2015), zur Durchführung einer Diskussionsveranstaltung mit Heimbeiräten zum selbstbestimmten Wohnen (4/2015) sowie zur Novellierung des Psychiatrie-Gesetzes Sachsen-Anhalt (5/2015) gefasst.

Unter TOP 6 kritisierte die Vorsitzende des Landeskompetenzentrums für Barrierefreiheit (LaKoB) scharf die Vorgehensweise des Ministeriums für Landesentwicklung und Verkehr bei der Ausschreibung des diesjährigen Wettbewerbs „Auf dem Weg zur barrierefreien Kommune“. Aus Sicht des LaKoB werden zum wiederholten Male die einschlägigen DIN-Vorschriften nicht deutlich genug als grundlegende Kriterien im Ausschreibungstext verankert. Sie stellt die Mitwirkung des LaKoB und der AG Barrierefreiheit in der Jury des Wettbewerbs infrage. Nach einer heftigen Diskussion empfiehlt der Landesbehindertenbeirat dem LaKoB noch einmal das Gespräch mit dem Ministerium zu suchen.

Dr. Jutta Hildebrand

Großbaustelle in Magdeburg



Nach vielen Jahren der Planung haben die Bauarbeiten unter den Bahnhofsbrücken begonnen. Hier soll ein Tunnel entstehen. Außerdem sollen danach im Bahnhof alle Bahnsteige barrierefrei erreichbar sein. Diese Baumaßnahme wird einige Jahre dauern. Durch die Baustelle gibt es viele Verkehrseinschränkungen. Auch Fußgänger sind betroffen.

Der Weg zwischen dem Bahnhof und dem Busbahnhof zur Außenstelle des Landesverwaltungsamtes am Damaschkeplatz ist mit Rollstühlen und Rollatoren nur eingeschränkt möglich. Zeitweilig werden auch der Parkplatz und der Aufzug auf dem Hof des Amtes nicht erreichbar sein. Die MitarbeiterInnen der Abteilungen für Schwerbehinderte weisen darauf hin, dass fast alle Angelegenheiten auch per Post oder am Computer erledigt werden können. Ein persönlicher Besuch ist selten nötig.

Besucher mit einer Behinderung sollten sich vorab telefonisch informieren. Es kann immer eine Lösung gefunden werden.

Wir sind im Internet

Am 04. Dezember des vergangenen Jahres fand in der Staatskanzlei in Magdeburg die Festveranstaltung „20 Jahre Runder Tisch für Menschen mit Behinderung“ statt. Katharina Kirch und andere vom Offenen Kanal Merseburg-Querfurt haben an diesem Tag gefilmt und zwei Filme hergestellt. Diese kann man jetzt im Internet anschauen.

Man findet sie unter den Links:

<https://www.youtube.com/watch?v=S95TPXFkkRg>

<https://www.youtube.com/watch?v=cjMU1zUm0QU>

Gebärdensprachführungen

Die Landesausstellung über Lucas Cranach den Jüngeren „Cranach 2015“ in der Lutherstadt Wittenberg bietet am Samstag, den 17.10., um 10.00 Uhr und am Mittwoch, dem 28.10., um 17.00 Uhr jeweils eine Führung in Gebärdensprache an. Die Teilnahme kostet 3 €, wie bei allen Führungen.

Musical

Der Kartenvorverkauf für das Musical „Grand Hotel Vegas“ hat begonnen. Am 19. Dezember um 19.00 Uhr zeigen Menschen mit und ohne Behinderungen ein inklusives Tanz- und Musicalprojekt. Wir berichteten im vorigen Heft der „normal!“ bereits über die Proben. Die Karten bekommt man u.a. im Kartenhaus im Magdeburger Allee-Center. Sie kosten 23 Euro. Schwerbehinderte Besucher und Kinder erhalten eine Ermäßigung.

Kalender von Phil Hubbe

In den Regalen stehen die ersten Lebkuchen und erinnern uns an den Kauf von Weihnachtsgeschenken. Schon einen Kalender für 2016? Den von Phil Hubbe gibt es für 13,95 € überall, wo es Bücher gibt.

ISBN: 978-3-8303-7509-8

Impressum

Herausgeber:

Der Landesbehindertenbeirat, vertreten durch den Beauftragten der Landesregierung für die Belange der Menschen mit Behinderungen
Adrian Maerevoet (V.i.S.d.P.)

Turmschanzenstraße 25
39114 Magdeburg

Tel.: 0391 567-6985/ 4564

Fax: 0391 567-4052

behindertenbeauftragter@
ms.sachsen-anhalt.de

Alle Rechte für diese Ausgabe liegen beim Herausgeber.
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung.

Redaktion und Layout:

Redaktionsausschuss des Landesbehindertenbeirates,
Verantwortlich: Sabine Kronfoth

Druck:

Halberstädter Druckhaus GmbH

Die „normal!“ kann auch unter
www.behindertenbeauftragter.sachsen-anhalt.de
heruntergeladen oder unter
www.bsv-sachsen-anhalt.de gehört werden.